

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsprechers
für Umwelt und Klimaschutz**

Marco Brunotte, MdL

zu TOP Nr. 2c

Aktuelle Stunde

**Soziale Verantwortung übernehmen – Wohnen muss
bezahlbar sein**

Antrag der Fraktion der SPD

während der Plenarsitzung vom 13.04.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wer am Samstag bei der Lektüre der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung den Hannover-Teil aufschlug, traute seinen Augen nicht.

Haus & Grundeigentum Hannover auf der ersten Seite mit dem Aufruf: Miete erhöhen! Einfach so: „Erhöht die Miete, so viel es geht!“, war der Aufruf. Einen sachlichen Grund dafür gab es nicht. Torschlusspanik, denn die Mietpreisbremse kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haus & Grundeigentum Hannover hat nicht irgendwen als Vorsitzenden, sondern ein aktives Mitglied der CDU, einen ehemaligen Landtagskollegen von uns, der in der CDU für den Bereich Bauen und Wohnen Verantwortung übernommen und der über diesen Weg deutlich gezeigt hat, wie die Positionierung der CDU zum Thema Mietpreisbremse ist.

Das gleiche Spiel in Osnabrück: Haus & Grund ruft auf: Die Mietpreisbremse kommt! Erhöht die Mieten so hoch es geht, wer weiß, wie es danach aussieht!

Aber es sind nicht nur zwei Verbände: Haus & Grund Niedersachsen als Dachverband ruft ebenfalls auf: „Erhöht die Mieten, soweit es geht!“, und kündigt im selben Atemzuge an, gegen die Mietpreisbremse in Niedersachsen im Klageweg vorzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es noch eines Argumentes bedürfte, um für die Einführung der Mietpreisbremse in diesem Land zu kämpfen: Haus & Grund hat es mehr als geliefert.

Haus & Grund zeigt an der Stelle eindrucksvoll, dass sich die Märkte nicht selbst regulieren, wie immer wieder behauptet wird, sondern dass es sehr deutlicher Eingriffe braucht, um bezahlbares Wohnen und den Schutz von Mieterinnen und Mietern wirksam durchzusetzen. Hier wird eine politische Auseinandersetzung auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter betrieben. Hier wird zynisch Kasse gemacht, auf Vorrat Gewinn maximiert und die Wohnungsnot in den betroffenen Gebieten ausgenutzt.

Wir haben dafür kein Verständnis. Das hat nichts damit zu tun, dass ein seriöser Kaufmann seinen Mietzins rechnet, sondern ist eine unmoralische Abzocke. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das Image, das sich die Heuschrecken in den letzten Jahren auf den Wohnungsmärkten hart erarbeitet haben, verschafft sich Haus & Grund in wenigen Tagen ebenfalls.

Es geht aber nicht nur um Haus & Grund, sondern der Vorfall in Hannover zeigt: Das ist ein Verhalten, das leider auch die Handschrift der CDU trägt. Wir fordern die CDU an der Stelle auf: Distanzieren Sie sich vom Verhalten Ihres Parteifreundes! Stoppen Sie die Preistreiberei, die Haus & Grund hier in Hannover, in Osnabrück und für Niedersachsen vorhat. Was hier in Ihrem Namen geschehen soll, hat nichts mit sozialer Marktwirtschaft zu tun, sondern entspricht einem Steinzeitkapitalismus, den wir eigentlich längst überwunden hatten.

Es widerspricht stark auch dem – auch das muss man ehrlich sagen – was in Ihrem Bundestagswahlprogramm 2013 steht. Es entspricht in keiner Weise dem Abstimmungsverhalten, das Ihre Bundestagsfraktion gezeigt hat. Die Mietpreisbremse ist mit einer Gegenstimme von der CDU mit breiter Mehrheit durch den Bundestag gekommen und ist auch zentrales Thema der Kanzlerin, Ihrer Parteivorsitzenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zeigen Sie, dass Sie die Interessen der Mieterinnen und Mieter genauso ernst nehmen wie Kapitalinteressen! Übernehmen Sie soziale Verantwortung in diesem Land!

Wie man es in der Argumentation anders machen kann, zeigt der Verband der Wohnungswirtschaft. Er hat sich zu Beginn der Woche deutlich vom Verhalten von Haus & Grund distanziert und deutlich gemacht, dass man den eingeschlagenen Weg für mehr als unsozial hält, und trotzdem die Mietpreisbremse kritisiert. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das deutlich differenzierter ist.

Wir zeigen, dass man im Bereich bezahlbares Wohnen Verantwortung übernehmen kann: 400 Millionen Euro für den Wohnraumförderfonds, die Geltendmachung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten, die übrigens nur in Gebieten der Mietpreisbremse bestehen, zusätzliche Bundesmittel für Zuschüsse, ein soziales Mietrecht und eine Mietpreisbremse für zwölf Kommunen

und die Ostfriesischen Inseln - dafür machen wir uns mit einem Gutachten der NBank, das fundiert, eindeutig und rechtssicher ist, stark. Da freuen wir uns auf die Auseinandersetzungen mit Haus & Grund – gern auch vor Gericht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir fordern Haus & Grund zu einer Abkehr von den Methoden der Miethaie auf. Bisher war Haus & Grund ein Garant für einen partnerschaftlichen und gemeinwohlorientierten Umgang. Das Bild, das Haus & Grund hier gerade von sich zeichnet, muss dringend korrigiert werden.

Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Interessen von Mieterinnen und Mietern in diesem Land eine Rolle spielen, und Verantwortung für bezahlbares Wohnen für die Menschen in diesem Land übernehmen.

Vielen Dank.